

Überschuldung

Weniger Unternehmenspleiten, aber mehr insolvente Verbraucher

Im Februar 2006 sank die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gegenüber dem Vorjahr um sieben Prozent auf 2 755 Fälle. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes setzte sich damit der seit Jahresbeginn 2005 zu beobachtende Trend rückläufiger Unternehmensinsolvenzen auch Anfang 2006 fort. Dagegen haben die Verbraucherinsolvenzen im Februar 2006 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 43,9 Prozent auf 6 717 Fälle erneut stark zugenommen. Zusammen mit den Insolvenzen von anderen privaten Schuldern und Nachlässen belief sich die Gesamtzahl der Insolvenzen auf 11 889 Fälle, das waren 18,7 Prozent mehr als im Februar 2005. Die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger gaben die Amtsgerichte für Februar 2006 mit 2,3 Milliarden Euro an – im Vergleich zu 2,5 Milliarden Euro für Februar 2005. Obwohl

die Unternehmensinsolvenzen nur etwa ein Viertel der Fälle ausmachen, entfielen auf sie rund 60 Prozent aller Forderungen. Im Januar und Februar 2006 wurden 5 343 Insolvenzen von Unternehmen (minus 7,7 Prozent) und 13 745 Insolvenzen von Verbrauchern (plus 49,6 Prozent) gemeldet. Insgesamt wurden in diesen beiden Monaten 24 112 Insolvenzen registriert, das waren 22,6 Prozent mehr als zu Jahresbeginn 2004.

Im vergangenen Jahr hatte die Zahl der Zwangsversteigerungen nach Angaben der Argetra GmbH, Ratingen, mit 92 577 Terminen einen neuen Höchststand erreicht. 2004 waren es noch 92 300 gewesen. Allerdings sank gleichzeitig die Summe der Verkehrswerte um 2,7 Prozent auf 18,3 (2004: 18,8) Milliarden Euro, weil viele Objekte – vor allem in Ostdeutschland – selbst mit hohen

Forderungsnachlässen nicht veräußert werden konnten. Insgesamt habe jede dritte gewerbliche Immobilie beim ersten Termin keinen Abnehmer gefunden. Bei Wohnungen war dies bei 20 Prozent der Fall.

Erneut verzeichnen die ostdeutschen Länder relativ zu ihrer Einwohnerzahl die meisten Zwangsversteigerungen. Auf 100 000 Einwohner kommen in Sachsen und Thüringen 278,4 Termine, in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern 196 Termine und in Berlin und Brandenburg 140,8 Termine. Doch auch einige westdeutsche Länder verzeichnen erhebliche Steigerungsraten. So nahmen die Zwangsversteigerungen in Hamburg und Schleswig-Holstein um 11,2 Prozent, in Rheinland-Pfalz und dem Saarland um 5,4 Prozent und in Bayern um 5,1 Prozent zu.

Insolvenzen in Deutschland

	Februar 2006	Veränderung gegenüber Februar 2005 in Prozent	Januar und Februar 2006	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent
Insgesamt	11 889	18,7	24 112	22,6
Unternehmen	2 755	- 7,0	5 343	- 7,7
Übrige Schuldner	9 134	29,5	18 769	35,2
davon Verbraucher	6 717	43,9	13 745	49,6
natürliche Personen als Gesellschafter	201	- 41,7	426	- 36,3
ehemals selbstständig Tätige	2 025	10,4	4 212	15,9
Nachlässe	191	- 8,6	386	- 1,5

Quelle: Statistisches Bundesamt